



„Keine Parkplatzwüste in der Innenstadt gewollt“

PLANUNG Bürgermeister
Steffen Wernard nimmt
Stellung zum Vorwurf der SPD

USINGEN - (dh). „Wir wollen

keine Parkplatzwüste am Neuen Marktplatz, deshalb werden die Stellplätze auf 150 begrenzt“, stellt Bürgermeister Steffen Wernard (CDU) fest. Investor Procom und Edeka als künftiger Betreiber des geplanten Supermarktes gingen davon aus, dass 150 Parkplätze ausreichend seien. Einen entsprechenden Antrag des Investors habe der Magistrat der Stadt entschieden. Am 15. April 2013 sei der Beschluss zur Befreiung der Stellplätze gefasst worden.

Wernard reagierte sichtlich verärgert auf den Vorwurf der SPD, die Stadt habe auf 450 000 Euro verzichtet, indem sie Procom den Bau von 90 Stellplätzen ersparte. Denn nicht 150, sondern 240 Stellplätze sind nach der Stellplatzordnung für ein Fachmarktzentrum in dieser Größenordnung erforderlich. „Aus städtebaulicher Sicht ist es sinnvoll, am Neuen Marktplatz nicht die laut Stellplatzordnung geforderte Anzahl von Parkplätzen zu errichten. Ein Markt auf der grünen Wiese ist anders zu sehen, als eine innerstädtische Bebauung“, lässt Suat Bischoff wissen. Bischoff ist im Bauamt der Stadt Usingen verantwortlich für das Projekt Fachmarktzentrum Neuer Marktplatz, dessen „Vorhabenbezogener Bebauungsplan“ sich noch bis zum 7. Mai in der Offenlegung befindet. Die Stellplatzsatzung unterscheide nicht, ob die Stellplätze im innen- oder außerstädtischen Bereich zu bauen seien, sondern geben nur die Anzahl vor. „Da wir keine Parkplatzwüste im innerstädtischen Bereich wollen, haben wir die Stellplätze auf 150 beschränkt“, stellt Wernard klar.

Es sei von Beginn an mit offenen Karten gespielt worden, sowohl in den Fachausschüssen wie auch in der Stadtverordnetenversammlung habe man davon Kenntnis gegeben. Die Stadtverordnetenversammlung sei dem Magistratsbeschluss gefolgt und habe der Befreiung zugestimmt.

Davon, dass die Stadt auf 450 000 Euro für die Ablöse der Stellplätze verzichtet habe, könne keine Rede sein. Dieses Geld hätte in Stellplätze refinanziert werden müssen. „Und Parkplätze stehen in der Innenstadt wirklich genug zur Verfügung“, findet Wernard. Zumal der Festplatz asphaltiert werden soll und hier weitere Parkmöglichkeiten geschaffen werden, gab Bischoff zu verstehen.

Mit rechten Dingen sei es auch bei den Grundstücksverkäufen zugegangen. Die Stadt habe weniger Einnahmen für ihren eigenen Grund und Boden bekommen als die GSW (Sanierungsträger), deren

Grundstück im Sanierungsgebiet liege. Über einen Gutachterausschuss und mithilfe des Amtes für Bodenmanagement habe die Stadt den Grundstückspreis (116 Euro) ermitteln lassen. Dabei sei zu berücksichtigen, dass der Investor die Bushaltestelle zurückbauen und die Parkplätze am Neuen Marktplatz neu gestalten müsse. Verkauft worden sei im Grunde nur Parkplatzgelände. Anders beim Grundstück der GSW, als Schorn-Gelände bekannt, das in einer Hanglage liege, die die Boden- und Erdarbeiten schwierig machen. Zudem komme noch das Problem einer denkmalgeschützten Mauer. Dies alles rechtfertige den Grundstückspreis von 220 Euro. Schwierig sei das Verfahren zudem für die Stadt schon deshalb, weil sie selbst Eigentümer einer Fläche sei, und dafür einen Bebauungsplan aufstellen müsse.

Die GSW habe 220 Euro für ihr im Sanierungsgebiet liegendes Grundstück bekommen. Weiterer Vertragspartner von Procom sei die Familie Paul. Weil Procom zunächst das an der Bahnhofstraße und im Bereich des Neuen Marktplatzes liegende Paul-Gelände gekauft hat, könne nur mit Procom das Fachmarktzentrum am Neuen Marktplatz realisiert werden. Dass Procom von Paul gekauft, aber noch nicht an Paul gezahlt hat, das räumt Wernard ein. Es sei üblich, dass erst dann der Kaufpreis gezahlt wird, wenn das Baurecht erlangt ist.

Nicht vergessen dürfe man, dass Procom das Kilbhaus am Alten Marktplatz sanieren wird. Rund zwei Millionen Euro würden da an Kosten anfallen. Procom habe vielleicht gehofft, nicht Eigentümer der Immobilie zu werden. Doch für die Stadt sei dies, bei einer Ausgabe von 250 000 Euro, ein Gewinngeschäft, so der Bürgermeister. „Und ein desaströser Zustand wird nicht manifestiert“, ergänzt Bischoff. Allerdings müssen beide eingestehen, dass im Vertrag zwischen der Stadt Usingen und Procom kein Zeitfenster festgelegt ist. Also kann sich der „desaströse Zustand doch manifestieren“. Die Stadt mit ihrer Wirtschaftsförderung stehe aber an der Seite von Procom und suche selbst nach einem Investor, versichert der Bürgermeister.

Wernard ärgert vor allem, dass die SPD die Anfrage nach den Stellplätzen und dem von ihr betitelten Verlust von 450000 Euro (SPD-Fraktionschef Müller: Darin sehen wir eine Kaufpreisermäßigung) mündlich und nicht schriftlich gestellt hat. Wernard sieht darin den Versuch, ihn vorzuführen. „Da muss ich mich doch wirklich fragen, ob schon Wahlkampf ist“, sagt er abschließend.

Usinger Anzeiger 2015-04-22